

A. Was tun für die Alphabetisierung?!

1.) Am 28.02.2011 wurde die Level-One Studie veröffentlicht: 7,5 Millionen Erwachsene in Deutschland können nicht richtig lesen und schreiben. Sie verfügen über so geringe Lese- und Schreibkenntnisse, dass sie als funktionale Analphabeten gelten. Weitere 13,3 Millionen Erwachsene zeigen eine geringe schriftsprachliche Kompetenz, die nur knapp über dem Niveau des funktionalen Analphabetismus liegt, sodass sie nur langsam mit vielen Fehlern lesen und schreiben können. Welche Schlussfolgerungen zieht Ihre Partei aus der Studie?

Die klassische Bildungspolitik ist gescheitert und muss dringend reformiert werden. Bildung beginnt mit der Geburt; frühkindliche Bildung ist von zentraler Bedeutung. Aktionen, die eine frühe Förderung verhindern, lehnen wir ab. Damit ist explizit das Betreuungsgeld genannt, das verhindert, dass besonders Kinder aus bildungsfernen Schichten frühzeitig mit Bildung in Kontakt kommen.

Wir setzen uns dafür ein, dass alle Kinder ungeachtet bestehender Unterschiede so gefördert werden, dass sie mit möglichst guten Voraussetzungen ihre Schullaufbahn beginnen können. Dazu braucht es gebührenfreie, flexible, bei Bedarf ganztägig und gut erreichbare Angebote in Krippen, Kindergärten und bei Tageseltern.

Wir fordern für jeden Schüler das Recht auf Unterstützung und Begleitung durch Mentoren. Die aktuelle schulische Inklusionsdebatte muss das Problem des funktionalen Analphabetismus umfassen. Individuelle Lernformen und Binnendifferenzierung sind der Schlüssel für erfolgreiches Lernen aller Schüler unabhängig von ihren Begabungen und für weniger Selektion.

2.) Derzeit lernen lediglich 20.000 Betroffene (weniger als 0,3% der Betroffenen) in Alphabetisierungskursen. Was werden Sie tun, um mehr Betroffene durch nachschulische Grundbildung zu fördern?

Wir stehen für lebenslanges Lernen und ein Bildungssystem, das offen ist für den Erwerb neuer Kompetenzen und Fähigkeiten - für alle Altergruppen. Das Weiterbildungsangebot muss sich an den individuellen Bedürfnissen orientieren und darf nicht nur der wirtschaftlichen Verwertbarkeit untergeordnet werden. Die sehen daher die Pflicht, lebenslanges Lernen zu fördern: durch die Bereitstellung kostenfrei zugänglicher Lehrangebote, Lehrmaterials und der Möglichkeit, individuelles Coaching in Anspruch zu nehmen. Prüfungen und Kurse müssen sich flexibel an individuelle Lebensumstände anpassen, um mehr Menschen die Nutzung von Weiterbildungsangeboten zu ermöglichen.

3.) Personen mit Deutsch als Zweitsprache haben die Möglichkeit, in Integrationskursen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) Lesen und Schreiben kostenlos zu erlernen. Ausländische Mitbürger, Zuwanderer und Spät-Aussiedler erhalten eine Förderung von bis zu 1260 Unterrichtsstunden. Funktionalen Analphabeten mit Deutsch als Erstsprache (4,4 Millionen Erwachsene) steht ein vergleichbares Angebot nicht zur Verfügung. Welche Maßnahmen sind aus Ihrer Sicht notwendig, um das Kursangebot für muttersprachliche funktionale Analphabeten auszubauen? Halten Sie ein äquivalentes Programm zu den BAMF-Integrationskursen für Betroffene mit deutscher Muttersprache für erforderlich?

Ja, denn Bildung darf keine Frage von Herkunft oder finanzieller Leistungsfähigkeit sein. Hier wäre auf kommunaler Ebene in Zusammenarbeit mit den Volkshochschulen ein Angebot zu schaffen, das dann gleichwertig zu anderen Qualifizierungsmaßnahmen durch die ARGE'n zu tragen ist.

4.) Die Level-One Studie zeigt, dass die Gefahr der Arbeitslosigkeit unter funktionalen Analphabeten signifikant höher ist. Rund 32 Prozent der arbeitssuchenden Bevölkerung haben Probleme mit dem Lesen und Schreiben. Die Mehrheit der erwerbstätigen Betroffenen (57% der befragten funktionalen Analphabeten) ist überwiegend im Niedriglohnsektor beschäftigt. Aufgrund der wachsenden Arbeitsmarktanforderungen laufen jedoch auch sie Gefahr, ihre Beschäftigung zu verlieren. Welche arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen wollen Sie ergreifen, um geringqualifizierte Beschäftigte, Erwerbslose und Arbeitssuchende mit schriftsprachlichen Defiziten stärker zu fördern?

Die aktuelle Sozial- und Wirtschaftspolitik fördert unter dem Strich nur den Niedriglohn- und Leiharbeitsektor. Daher sind wir für das Bedingungslose Grundeinkommen, welches eine neue Sozialpolitik ermöglicht. Es sichert nicht nur die Existenz und Teilhabe an der Gesellschaft ab, sondern ermöglicht auch die Entwicklung und Einsatz neuer, hochwertiger Beschäftigungsverhältnisse. Diese könnten z.B. auf der Allmende / Commons-Idee basieren.

Des Weiteren wollen wir lebenslanges Lernen. Dies soll auf die Bedürfnisse des Einzelnen ausgerichtet sein und sich nicht an der besseren Verwertbarkeit auf dem Arbeitsmarkt orientieren, wie es heute ist. Im Zuge des lebenslangen Lernens muss das Bildungssystem offen sein für den Erwerb neuer Kompetenzen und Fähigkeiten.

Wir wollen das lebenslange Lernen wie folgt fördern: durch die Bereitstellung kostenfrei zugänglicher Lehrangebote, Lehrmaterialien und der Möglichkeit, individuelles Coaching in Anspruch zu nehmen. Prüfungen und Kurse müssen sich flexibel an individuelle Lebensumstände anpassen, um mehr Menschen die Nutzung von Weiterbildungsangeboten zu ermöglichen. Dies schließt Maßnahmen zur Verbesserung der Schreib- und Lesekompetenz mit ein.

Zusätzlich soll Leiharbeit - wie dies in der Vergangenheit auch der Fall war - begrenzt werden. Wir werden dazu eine maximal erlaubte Überlassungsdauer von sechs Monaten für Leiharbeitnehmer festlegen. Die Piratenpartei wird das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz (AÜG) entsprechend anpassen.

Nach französischem Vorbild sollen Leiharbeiter nicht eine billige Verfügungsmasse sein, mit der reguläre Beschäftigte unter Druck gesetzt werden können, sondern für die ihnen abverlangte Flexibilität mit einem Lohnzuschlag entschädigt werden.

Zusätzlich werden wir eine Höchstquote von Leiharbeitern je Unternehmen bezogen auf die jeweilige Stammbelegschaft in Höhe von zehn Prozent einführen. Die Folge werden Anstrengungen der Unternehmen zur Qualifizierung insbesondere der jetzt fest anzustellenden Mitarbeiter sein.

Das gleiche Ziel wird durch die Einführung eines allgemeingültigen branchenunabhängigen Mindestlohns erreicht, der auch bei der Bezahlung der Mini-Jober zugrunde gelegt werden soll.

5.) Der Bundesverband Alphabetisierung und Grundbildung hat ein bundesweites Netzwerk von Selbsthilfegruppen und Lernern aufgebaut, die das Thema Alphabetisierung in die Öffentlichkeit tragen. Welche Rolle können Ihrer Ansicht nach „Lerner-Experten“

übernehmen, um das Ziel zu erreichen, die Zahl funktionaler Analphabeten in Deutschland zu verringern? An welchen Stellen ist ihre Beteiligung besonders sinnvoll?

Lerner-Experten können ihre Erfahrungen glaubwürdig einbringen und Modelle, wie funktionale Analphabeten erreicht werden können, deutlich verbessern. Sie können Motivations-Multiplikatoren sein und Hemmschwellen abbauen helfen. Bei sollten zu Didaktik und Methodik gehört werden und die Evaluation von Kursen begleiten.

6.) Nach der Föderalismusreform 2006 liegt die Kompetenz für allgemeine Bildung und damit in großen Teilen für Alphabetisierung/Grundbildung bei den Bundesländern. Wie können Ihrer Ansicht nach bundesweite Beratungs- und Unterstützungsangebote wie bspw. der Beratungsservice ALFA-TELEFON oder die Lernplattform ich-will-lernen.de sowie zahlreiche Forschungs- und Entwicklungsprojekte langfristig gefördert und nachhaltig gesichert werden?

Wir setzen uns - als erster Schritt - für die Aufhebung des Kooperationsverbots ein. Bildungsprojekte und -aufgaben, die dem Länderrecht unterliegen, müssen durch den Bund gefördert können. Langfristig streben wir die Leitlinienkompetenz des Bundes an.

7.) Das BMBF-geförderte Projekt RAUS handelt im Themengebiet Alphabetisierung im Strafvollzug, welcher seit 2006 ebenfalls der Zuständigkeit der Bundesländer unterliegt. Obwohl von einem besonders hohen Anteil funktionaler Analphabeten unter Strafgefangenen auszugehen ist, werden Alphabetisierungs-/Grundbildungsangebote derzeit in vielen Strafanstalten nicht angeboten. Was wird Ihre Partei unternehmen, um Alphabetisierung/Grundbildung im Strafvollzug zu fördern? Welche Maßnahmen halten Sie auf Bundesebene für erforderlich?

Der Bund kann sich dafür einsetzen, dass Alphabetisierungs-/Grundbildungsangebote im Rahmen der Resozialisierungsanstrengungen verstärkt angeboten werden. Das 'Recht auf Bildung' muss auch in Justizvollzugsanstalten gelten. Der Bund kann und muss die Länder zur Einhaltung und Aufgaben auffordern und verpflichten können. Langfristig sehen wir den Abbau des Föderalismus im Bildungssystem als notwendig an.

8.) Was wird Ihre Partei unternehmen, um Menschen mit geringen Lese- und Schreibfähigkeiten besser am politischen Leben teilhaben zu lassen? Gibt es Ihr Wahlprogramm auch in leicht lesbarer Form?

Ja, ein Programm in ganz leichter Sprache wird es geben. Zur Zeit existiert es leider erst in digitaler Form: <https://www.dropbox.com/s/k3kp2qanev32155/Wahlprogramm%20der%20Piratenpartei%20in%20Leichter%20Sprache%20Barrierefrei.pdf>

Für uns ist die politische Teilhabe für alle Menschen unser Ziel. In Arbeit sind ebenfalls das Wahlprogramm als Hörbuch und ein Flyer mit Braille-Schrift.

Bundestagskandidat Stephan Schurig ergänzt: "Natürlich müssen wir noch viel machen im Bereich Barrierefreiheit. So sind unsere Webseiten häufig noch nicht barrierefrei nach BITV (Barrierefreie Informationstechnik-Verordnung). Auch für Menschen mit Leseschwächen gibt es bereits Lösungen, die aber auch innerhalb unserer Partei noch relativ unbekannt sind. Es gibt z.B. die freie Schriftart 'OpenDyslexic', die meiner Erfahrung nach für viele Betroffene sehr hilfreich beim Lesen

und Schreiben ist. Ich werde mich persönlich dafür einsetzen, dass Webseiten innerhalb unserer zukünftigen Fraktion im Bundestag diese Schriftart unterstützt."

Die Schriftart finden Sie unter <http://opendyslexic.org/>

B. Aktuelle Themen, die bewegen – leicht lesbar

Bitte antworten Sie in kurzen, einfach verständlichen Sätzen und Aussagen. Die Antworten stellen wir Lehrenden und Lernenden, beispielsweise in Alphabetisierungskursen, als Diskussions- und Lernmaterial zur Verfügung. Dadurch sollen leseungeübte und politikferne Jugendliche und Erwachsene für das Thema Politik interessiert sowie über Parteien, Programme und politische Zusammenhänge informiert werden und aus erster Hand erfahren, welche Antworten und Lösungen die Parteien auf ihre Fragen haben. Wir werden die Stellungnahmen im Original-Wortlaut veröffentlichen und zudem eine Zusammenfassung der Kernaussagen der Parteien publizieren.

1.) Wie steht Ihre Partei dazu, dass Deutschland andere EU-Staaten finanziell unterstützt?

Wenn das Geld wirklich bei den Menschen in den anderen EU-Staaten ankommt, ist das gut. Denn wir sind nun mal eine Gemeinschaft. Da muss man den anderen auch mal helfen. Leider war das in der Vergangenheit nicht immer so. Oft ist das Geld, das in die armen Länder wie Griechenland oder Portugal geschickt wurde, gleich wieder an die Banken bei uns zurück gegeben worden. Das war also keine Hilfe für die Menschen dort, sondern für die Banken hier.

2.) Was tut Ihre Partei dafür, dass es mir in Zukunft trotz Finanzkrise nicht schlechter geht?

Wir wollen ein so genanntes Trenn-Banken-System einführen, damit es nicht mehr zu solchen Finanzkrisen kommen kann. Denn dabei wird meistens das Geld im sozialen Bereich gekürzt. Der Bankenteil, wo gezockt (spekuliert) wird und wo die großen Verluste angefallen sind, soll ein Teil sein. Der andere Teil ist der, wo die Spargelder liegen. Dann müssten nämlich diejenigen, die die hohen Gewinne haben wollten, auch für die hohen Verluste einstehen. Und nicht mehr der normale Bürger mit seinen Steuern.

3.) Wie will Ihre Partei sichern, dass ich sozial abgesichert bleibe?

Wir wollen so schnell wie möglich ein so genanntes Bedingungsloses Grund-Einkommen einführen. Das soll dann mindestens so hoch sein, wie der Hartz-4-Satz, möglichst aber höher. Der Vorteil wäre, dass man nicht mehr ständig irgendwelche Formulare ausfüllen muss und jeden Job annehmen, auch wenn man dafür überhaupt nicht geeignet ist. Denn dieses Einkommen soll jeder erhalten. Egal wie alt oder wie gebildet er ist. Ob er kleine Kinder oder Eltern hat, die gepflegt werden müssen und deshalb nicht arbeiten kann oder ob er Bilder malen oder Musik machen will.

4.) Was bedeutet für Ihre Partei „gerechter Lohn“?

Jeder Mensch soll von dem Geld, das er verdient, auch leben können. Es kann nicht sein, dass man 40 Stunden pro Woche arbeitet und dann immer noch zu wenig zum Leben besitzt. Wir wollen, dass es einen Mindestlohn gibt, egal wofür man bezahlt wird. Etwas über 9 Euro pro Stunde sollen das erstmal für Festangestellte sein, ca. 9,80 für die, die in befristeten Jobs tätig sind oder sonst jeden Tag gekündigt werden können. Aber konkret festlegen sollen das Experten. Wir sind nämlich nicht

allwissend. Wir haben nur mal geguckt, was so durchschnittlich verdient wird und dann gesagt, dass 60 % davon gerade so ausreichend sind.

5.) Was unternimmt Ihre Partei, damit Familie und Beruf für mich vereinbar sind?

Das ist schon mal die richtige Reihenfolge. Die Familie muss vor der Arbeit kommen. Da würde das Bedingungslose Grund-Einkommen schon helfen. Mit dem Bedingungslosen Grund-Einkommen ist man auch in der Zeit, die man mit seinen Kindern verbringt statt arbeiten zu gehen, finanziell gesichert.

Wir wollen auch wesentlich flexiblere Arbeitsbedingungen. Wenn die Kinder mal krank sind, muss es auch die Möglichkeit geben, kurzfristig mal bei der Arbeit wegzubleiben und das später gegebenenfalls nachzuarbeiten. Die bisherigen Regelungen dazu sind nicht genug. Aber das ist nicht nur eine Frage von Regeln und Gesetzen. Wir müssen überall ein größeres Verständnis für Familienfragen erzeugen. Und bewusst machen, dass familienfreundliche Arbeits-Bedingungen Unternehmen stärken und nicht Gewinne senken.

Betreuungs- und Bildungsangebote des Staates sind den Kindern kostenfrei zur Verfügung zu stellen. Entsprechende Angebote müssen wahrgenommen werden können - auch über kommunale Grenzen hinweg.

6.) Was tut Ihre Partei dafür, dass Wohnen bezahlbar bleibt?

Wir wollen, dass wieder wesentlich mehr Sozialwohnungen gebaut werden. Dafür sollen die Bauherren dann auch Geld bekommen, weil sie ja weniger Miete erhalten. Die darf bei Neuvermietungen nicht mehr als 10 % über der ortsüblichen, durchschnittlichen Vergleichsmiete nach gültigem Mieten-Spiegel liegen.

Zur Zeit können Eigentümer die Kosten für Modernisierungsmaßnahmen mit 11 % pro Jahr auf die Miete umlegen. Auch wenn die Modernisierungsmaßnahmen längst abbezahlt sind. Wir wollen das rückgängig machen.

Innerhalb von vier Jahren soll die Miete um höchstens 15 % erhöht werden dürfen. Bisher sind das nämlich 20% in drei Jahren, die Wohnen teurer werden darf. Eine Miete, welche die so genannte ortsübliche Vergleichsmiete um mehr als 20 % übersteigt, soll als ordnungswidrig gelten.

Der Mieter soll immer das Recht zur Prüfung von Heiz- und Betriebskostenabrechnungen haben und dafür Kopien der Kostenbelege erhalten. Bisher ist das nur für Sozialwohnungen der Fall. Bei der Abrechnung von Heiz- und Betriebskosten ist immer die tatsächliche Wohnfläche zu Grunde zu legen und nicht die vereinbarte.

Wohnungen müssen auch barrierefrei werden. Das kostet uns heute zwar etwas mehr, spart uns aber viel teurere Umbauten in den nächsten Jahrzehnten. Die Menschen altern immer mehr und brauchen Wohnungen, die z.B. für Roll-Stühle geeignet sind.

7.) Was leisten Sie im Bereich Datenschutz im Internet sowie für die Freiheit im Netz?

Wo anfangen, wo aufhören? Datenschutz ist eines der Themen, die überhaupt zur Gründung der Piratenpartei geführt haben. Da ist die Liste dessen, was wir wollen so lang, dass wir nur mal ein paar ganz wichtige Stich-Punkte nennen.

Überwachungsprogramme wie PRISM von den USA oder Tempora von Großbritannien sind schlimm, denn sie machen uns alle zu Verdächtigen. Jeder Mensch hat das Recht auf seine eigenen Daten. Da darf nicht ohne Anlass drin rumgeschnüffelt werden. Alle Gesetze, die in den letzten Jahren solche Rechte abgebaut haben, wollen wir rückgängig machen. Dazu gehört beispielsweise, dass auch nicht alle Daten ewig lang gespeichert werden dürfen.

Jeder muss einen durchsetzbaren und kostenlosen Anspruch auf Selbstauskunft, Korrektur, Sperrung oder Löschung der eigenen personenbezogenen Daten haben. Außerdem müssen alle Betroffenen über ungewollte Datenweitergabe aus Unternehmen und Behörden unverzüglich und lückenlos informiert werden. Was da so passiert ist, soll jeder Mensch unaufgefordert zugeschickt bekommen.

Für die Piraten sind versteckte Eingriffe in Computer und Handys durch den Staat nicht mit Grundrechten und Rechtsstaat vereinbar. Wir setzen uns für die Abschaffung der Erlaubnis ein, solche Geräte verwanzen zu dürfen. Dazu haben wir einen Maßnahmen-Katalog entwickelt, den man in unserem Wahlprogramm ganz ausführlich findet.

Wir wollen Netzneutralität, um Informations-, Presse- und Meinungsfreiheit zu sichern. Wir lehnen es ab, die Übertragung von Daten wie auch immer zu beschränken.

Ganz praktisch bieten wir überall in Deutschland die Gelegenheit zu lernen, wie man seine E-Mails verschlüsselt. Wo und wann das bei Dir in der Nähe stattfindet, kannst Du unter <http://kryptoparty.de/> nachsehen.

8.) Wo will Ihre Partei im Bereich Bildung Schwerpunkte setzen?

Die für viele Eltern undurchschaubare Vielzahl von finanziellen Leistungen für Familien muss einfacher und gerechter werden. Alle Kinder, die in Deutschland leben (auch die Kinder von Flüchtlingen) sollen ein Kinder-Grundeinkommen erhalten. Alle Kinder bekämen dann – anders als jetzt – gleichviel.

Bildung muss unabhängig vom Einkommen der Eltern sein. Wir wollen, dass Menschen, die eine Ausbildung machen, so viel Geld bekommen, dass sie komplett davon leben und sich auf ihre Ausbildung konzentrieren können. Auch wenn sie keine reichen Eltern haben. Und nicht nur das. Wir wollen auch, dass Bildung diejenigen, die lernen wollen, kein Geld kostet, was über das notwendige Maß für Bücher und ähnliches hinausgeht.

Es lässt sich aber nicht jede Ungerechtigkeit mit Geld beseitigen. Deshalb haben wir einen Maßnahmenkatalog für mehr Chancen-Gleichheit an Schulen entwickelt. Wir setzen uns für gute Bildung mit kostenlosen Plätzen in Kitas ab der Geburt ein.

Und es muss auf das persönliche Lerntempo jedes Schülers Rücksicht genommen werden. Dann kommen auch die Ergebnisse zustande, die gute Abschlüsse zur Folge haben - und damit gute Aussichten auf einen Ausbildungsplatz.